

# Das Programm der CDU für die Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit

**Nach einer Sondererhebung der Bundesanstalt für Arbeit gab es Ende Januar 123 100 jugendliche Arbeitslose bis zum Alter von 20 Jahren. Damit hat sich die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen seit der voraufgegangenen Untersuchung im September 1974 um 53 300 oder 76,3 % erhöht.**

Die Bundesregierung und sozialdemokratisch regierte Landesregierungen versuchten in den letzten Wochen den Eindruck zu erwecken, als sei diese Jugendarbeitslosigkeit in erster Linie die Folge umfangreichen Ausbildungsstellenmangels. Der Wirtschaft wurden in diesem Zusammenhang Erpressung und künstliche Verknappung der Ausbildungsstellen vorgeworfen. So bequem es für die SPD/FDP-Koalition ist, mit der Ausrede des Ausbildungsstellenmangels von ihrem eigenen wirtschaftspolitischen und — in einigen Bundesländern — auch bildungspolitischen Versagen abzulenken: ihre Behauptung ist falsch. Die Statistiken, insbesondere die von der Bundesanstalt für Arbeit (unter Aufsicht der Bundesregierung?) ermittelten Zahlen beweisen dies deutlich.

## **Gesucht: Mehr Arbeitsplätze als Ausbildungsstellen**

Nach der Statistik der Bundesanstalt für Arbeit hatten nur rd. 3 300 der 123 100 arbeitslosen Jugendlichen bisher vergeblich eine Lehrstelle gesucht. Das waren sogar 400 weniger als bei der letzten Erhebung im September 1974. Aber: Diesen 3 700 Jugendlichen, die Ende September 1974 noch keine Lehrstelle gefunden hatten, standen im Oktober/November 1974 39 000 freie Lehrstellen gegenüber! 34 695 der 123 100 Ende Januar ermittelten jugendlichen Arbeitslosen hatten eine abgeschlossene Berufsausbildung und suchten eine Arbeitsstelle! Sie sind ganz eindeutig Opfer der Konjunkturlage und der Tatsache, daß jugendliche Arbeitnehmer arbeitsrechtlich gegen konjunkturbedingte Entlassungen weniger geschützt sind als ältere Arbeitnehmer oder Arbeitnehmer mit Familie.

Noch mehr erschreckend aber ist folgende Zahl: 63 431 der Ende Januar arbeitslosen 123 100 Jugendlichen sind Jugendliche ohne Berufsausbildung oder sogenannte „Angelernte“. Damit wird deutlich, daß von der Gefahr der Jugendarbeitslosigkeit vor allem solche Jugendliche bedroht sind, die eine unzureichende beruf-

liche Qualifikation haben. Viele dieser Jugendlichen haben das auch erkannt. Etwa 20 % der ungelernten und angelernten jugendlichen Arbeitslosen strebt daher nachträglich noch eine Berufsausbildung an. Aber auch die überwiegende Mehrheit dieses Kreises jugendlicher Arbeitsloser sucht eine Arbeitsstelle.

### **Unzureichende Schulbildung — Fehlende Berufsausbildung**

Das Problem der ungelernten und angelernten Jugendlichen ist keine Folge eines unzureichenden Angebotes an Ausbildungsplätzen. Bis zu den Schulabgängern des Jahres 1974 hin haben fast alle Jugendliche, die eine Ausbildungsstelle suchten, diese auch gefunden. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist von Jahr zu Jahr gestiegen. Festzuhalten ist dagegen, daß ein Zusammenhang zwischen der fehlenden Berufsqualifikation Ungelernter und Angelernter und fehlendem schulischen Abschluß besteht. Diese Problematik wird sich in den kommenden Jahren noch verschärfen: 130 000 Abiturienten werden bis 1978 keinen Studienplatz finden. Sie werden in Berufe drängen, die bisher Realschülern vorbehalten waren. Diese Realschüler werden wiederum Hauptschüler verdrängen, so daß die Gefahr besteht, daß die Jugendlichen ohne Hauptschulabschluß „die letzten sind, die die Hunde beißen“.

Selbst dort, wo rein zahlenmäßig das Angebot an Ausbildungsplätzen noch ausreichend ist, werden die Jugendlichen ohne Hauptschulabschluß von denen, die eine höhere schulische Qualifikation mitbringen, verdrängt werden. Deshalb ist hier ein entscheidender Punkt, bei dem angesetzt werden muß. Zu Recht hat der Vorsitzende des Bundeskulturausschusses der CDU, der rheinland-pfälzische Kultusminister Dr. Bernhard Vogel, auf dem Berufsbildungskongreß der CDU am 14. und 15. März in Saarbrücken darauf hingewiesen, daß viele Probleme der Berufsausbildung und der Jugendarbeitslosigkeit erst lösbar sind, wenn die Situation an den Hauptschulen verbessert wird. „Es richtet sich gegen niemanden, vor allem nicht gegen das Gymnasium“, erklärte Dr. Vogel, „wenn ich sage: wir müssen die Hauptschule wieder zur Hauptsache machen!“

### **Das Beispiel Nordrhein-Westfalen**

Mit 41 585 jugendlichen Arbeitslosen stellte Nordrhein-Westfalen Ende Januar 1975 den Hauptanteil der 123 100 insgesamt registrierten arbeitslosen Jugendlichen. Mit anderen Worten: Mehr als  $\frac{1}{3}$  aller jugendlichen Arbeitslosen in der Bundesrepublik entfielen auf Nordrhein-Westfalen. Das Schlimmste an dieser Zahl: 26 831 der 41 585 arbeitslosen Jugendlichen, also mehr als  $\frac{2}{3}$  der Gesamtzahl, hatten weder eine abgeschlossene Berufsausbildung noch strebten sie eine Berufsausbildung an.

Angesichts dieser Tatsache kommt man nicht umhin, diese Zahl mit den Statistiken der vergangenen Jahre über die Schulabgänger zu vergleichen. Dabei zeigt sich ein fataler Zusammenhang, wenn man davon ausgeht, daß die heute 18- bis 20jährigen Jugendlichen 1971 und 1972 die Hauptschule verlassen haben: 33 954 von den insgesamt 124 188 Schulabgängern des Jahres 1971 und 34 757 von den insgesamt

126 063 Schulabgängern der Hauptschule im Jahre 1972 in Nordrhein-Westfalen verließen die Schule ohne Hauptschulabschluß! Das bedeutet, daß in diesen Jahren jeder 4. Hauptschüler in Nordrhein-Westfalen die Schule am Ende der Schulzeit ohne Hauptschulabschluß verlassen hat. Zum Vergleich: Im ähnlich wie Nordrhein-Westfalen industrialisierten Baden-Württemberg war es nicht einmal jeder 8.; auch im vielgescholten Bayern verließen nicht einmal  $\frac{1}{8}$  aller Schulabgänger in diesen beiden Jahren die Hauptschule ohne Hauptschulabschluß!

Es ist kaum einzusehen, daß die Hauptschüler Nordrhein-Westfalens um so vieles dümmer sein sollten, als die Hauptschüler Bayerns oder Baden-Württembergs. Tatsache aber ist, daß Jugendliche ohne Hauptschulabschluß schwerer in die Berufsbildung hineinfinden und am Arbeitsmarkt in schlechten Zeiten benachteiligt sind. Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat in den vergangenen Jahren den weiterführenden Schulen, vor allem aber aufwendigen Gesamtschulversuchen und Versuchen mit einer neuen Form der Oberstufe des Gymnasiums die Hauptaufmerksamkeit ihrer Schulpolitik gewidmet. Die Zeche zahlen zur Stunde die Jugendlichen, die ohne ausreichende Schulbildung keine Berufsbildung erhielten und nun auf der Straße stehen. An diesen Jugendlichen können die Versäumnisse vergangener Jahre nicht durch Sonderprogramme gegen die Jugendarbeitslosigkeit, die die nordrhein-westfälische Landesregierung kurz vor dem Wahltermin aus dem Boden stampft, gutgemacht werden.

### **Das Programm der CDU gegen die Jugendarbeitslosigkeit**

Selbstverständlich muß ein wesentlicher Beitrag zur Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit von der Wirtschaftspolitik geleistet werden: Jugendlichen, die eine abgeschlossene berufliche Ausbildung haben, kann nur mit dem Rückgang der konjunkturbedingten Arbeitslosigkeit durch eine bessere Wirtschaftspolitik geholfen werden. Dieses haben CDU und CSU mit berücksichtigt, als sie am 30. Januar 1975 im Bundestag ein Dringlichkeitsprogramm zur Überwindung des Lehrstellenmangels und zur Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit eingebracht haben.

Dieses Programm enthält eine Vielzahl konjunkturpolitischer und bildungspolitischer Vorschläge, die nahtlos ineinandergreifen und geeignet sind, in der gesamten Bundesrepublik (und nicht nur in den Bundesländern, in denen gerade Wahlkampf ist) die Jugendarbeitslosigkeit zu beseitigen. Dazu gehört der Einsatz von Mitteln aus Konjunkturförderungsprogrammen und regionalen Programmen zur Wirtschaftsförderung ebenso wie die Schaffung neuer Lehrstellen und ein Katalog verstärkter Hilfen für leistungsschwache und behinderte Jugendliche, um ihnen eine bessere Ausbildungschance zu gewährleisten. Dieses Dringlichkeitsprogramm ist auf den folgenden Seiten im Wortlaut abgedruckt, um jedem Interessierten eine detaillierte Information zu ermöglichen.

Einen Schwerpunkt zur langfristigen Verbesserung der Berufschancen junger Menschen setzt die CDU darüber hinaus in der Bildungspolitik der von ihr regierten Länder; in diesen Ländern haben der Ausbau und die Förderung der Hauptschule besonderes Gewicht. Nach Auffassung der CDU darf die Hauptschule nicht zur „Restschule“ verkümmern, wie sich dies in einigen Ländern — vor allem in Nord-

rhein-Westfalen — anbahnt. Sonst werden die jungen Menschen, deren Begabung der Besuch dieser Schule entspricht, in Zukunft nicht mehr, sondern weniger Chancengerechtigkeit erfahren als die Generationen vor ihnen. Ihnen würde dann das an Berufs- und Lebenschancen genommen, was anderen durch den Ausbau von Gymnasien und weiterführenden Schulen zusätzlich gegeben wird.

Aus diesem Grund hat auch die CDU Nordrhein-Westfalen in ihrem Programm „CDU '80“ für den Fall, daß ihr der Wähler am 4. Mai in diesem Land die Regierungsverantwortung überträgt, angekündigt: Die CDU wird in einem besonderen 5-Jahres-Programm die bisher vernachlässigte Hauptschule als attraktive Alternative zur Realschule und zum Gymnasium entwickeln.

## Antrag der Fraktion der CDU/CSU zur Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit

### I.

Gegenwärtig sind über 100 000 Jugendliche im Alter bis zu 20 Jahren ohne Arbeit. Mit einem weiteren Anstieg dieser Zahl muß gerechnet werden. Die Jugendarbeitslosigkeit ist derzeit vor allem ein konjunkturelles, zum Teil auch strukturelles Problem und weniger durch den Mangel an Lehrstellen bedingt. Etwa die Hälfte der heute arbeitslosen Jugendlichen kann einen schulischen Abschluß (von Hauptschule bis Abitur einschließlich berufsbezogener Bildungsabschlüsse) vorweisen. Die andere Hälfte der arbeitslosen Jugendlichen hat auf Grund ihrer weniger erfolgreichen Schulbildung kaum eine Chance, eine Lehrstelle zu erhalten, und wird angesichts der konjunkturellen Lage entmutigt, ein Ausbildungsverhältnis anzustreben.

Es muß allerdings befürchtet werden, daß sich die Jugendarbeitslosigkeit über ihre vornehmlich konjunkturellen Ursachen hinaus erheblich verschärfen wird. In den kommenden Jahren werden ohnehin auf Grund der geburtenstarken Jahrgänge aus den 1960er Jahren jährlich etwa 20 000 zusätzliche Lehrstellen benötigt. Den Jugendlichen müssen in dieser Situation zusätzliche Bildungsangebote unterbreitet werden, um ihre späteren Berufschancen zu erhöhen und ihnen das Los der Arbeitslosigkeit in jungen Jahren zu ersparen.

### II.

Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf, das folgende Dringlichkeitsprogramm zu realisieren und damit auch gleichzeitig die Voraussetzung zu schaffen, um den Lehrstellenbedarf der kommenden Jahre zu bewältigen:

#### **A. Anreize für die Bereitstellung zusätzlicher Ausbildungsplätze**

1. Die Bundesregierung soll im Zusammenwirken mit der Wirtschaft sicherstellen, daß das Ausbildungsvolumen der Wirtschaft — wie dies die Spitzenverbände der

Wirtschaft für möglich erklärt haben — bereits 1975 insgesamt um 10 v. H. eines Ausbildungsjahrgangs (ca. 40 000 Ausbildungsplätze) ausgeweitet wird. Hierzu werden insbesondere die in Nummern 2 und 3 genannten Vorschläge gemacht.

2. Im Regionalförderungsprogramm des Bundes sind nur 40 Mio. DM oder knapp 5 v. H. der Mittel für die Errichtung von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Um- schulungsstätten vorgesehen. Mit einer Verdoppelung des für die Berufsbildung vorgesehenen Anteils im Rahmen der Regionalförderung sollen 8 000 zusätzliche Ausbildungsplätze in Betrieben in wirtschafts- und strukturschwachen Gebieten geschaffen werden. Zu finanzieren ist dies durch die der Gemeinschaftsaufgabe Regionalpolitik zufließenden Mittel aus dem EG-Fonds zur Regionalförderung.

Darüber hinaus soll im Regionalförderungsprogramm die Schaffung von Ausbildungsplätzen der Schaffung von Arbeitsplätzen gleichgestellt werden, um eine flexible, den regionalen Verhältnissen angepaßte Lösung der Arbeitsmarktlage zu ermöglichen.

3. Die Bundesregierung wird aufgefordert, durch ein Prämiensystem das Lehr- stellenvolumen nachhaltig zu erhöhen. Dabei sollen im Jahre 1975 bis zu 20 000 neue Ausbildungsplätze mit einer Prämie von je 4 000 DM gefördert werden. Bei der Zuweisung solcher Prämien sollen zuerst Betriebe berücksichtigt werden, die ihre Ausbildungsbereitschaft bereits bisher unter Beweis gestellt haben. Die Mittel sind aus dem Konjunkturprogramm, insbesondere aus den nicht abgerufenen Mitteln für die überbetrieblichen Ausbildungsstätten zu entnehmen.

4. Jugendliche, die infolge einer Betriebsstillegung oder eines Konkurses ihre Lehr- stelle verloren haben, sollen in Zusammenarbeit mit den Kammern (als Anlauf- und Koordinierungsstelle) und den überbetrieblichen Einrichtungen von Wirtschaft und Gewerkschaften insbesondere folgende Hilfen erhalten:

— Jugendliche, die kurz vor Abschluß der Lehre standen, müssen die Möglichkeit erhalten, besondere Lehrgänge zur Vorbereitung auf die Abschlußprüfung zu besuchen;

— die Bundesanstalt für Arbeit soll die Berechtigung erhalten, Ausbildungsbetrie- ben, die nicht vermittelbaren Jugendlichen eine Fortsetzung der Lehre ermög- lichen, Zuschüsse oder einen Kostenersatz zu gewähren. Darüber hinaus sind ggf. Lehrgänge zur Lehrstandsfeststellung kostendeckend zu finanzieren;

— im Einzelfall soll der Bundesanstalt für Arbeit die Möglichkeit gegeben werden, geeignete betriebliche Ausbildungsstätten stillgelegter Betriebe als überbetriebliche Ausbildungsstätten fortzuführen.

5. Aus dem Bundeshaushalt und dem Konjunkturprogramm stehen für 1975 150 Mio. DM für die Deckung der Kosten von überbetrieblichen Einrichtungen zur Verfügung. Angesichts des schleppenden Abflusses der Mittel bereits im vergan- genen Jahr sollten die Bedingungen für die Vergabe, insbesondere für Einrichtun- gen, die der Förderung benachteiligter Jugendlicher dienen, praktikabler gestaltet werden.

6. Betriebe, die ausbilden, sollen bei der Vergabe von Aufträgen der öffentlichen Hand bei vergleichbaren Angeboten den Vorzug erhalten.

## **B. Erweiterung des Lehrstellenangebots der öffentlichen Hand**

1. Es steht fest, daß die öffentliche Hand seit vielen Jahren weniger Ausbildungsplätze zur Verfügung stellt als dies ihrem Eigenbedarf entspricht. Schätzungen sprechen von einem Defizit bis zu 40 000 Ausbildungsplätzen. Der Bundestag fordert die öffentlichen Arbeitgeber auf, in den kommenden Jahren das Ausbildungsplatzangebot entsprechend ihrem eigenen Bedarf auszubauen.

2. Darüber hinaus soll die öffentliche Hand, vor allem Bundesbahn und Bundespost, auch Ausbildungskapazitäten anbieten, die derzeit nicht genutzt werden, weil eine Beschäftigungsgarantie für die Zeit nach der Ausbildung nicht gegeben werden kann.

3. Die Bundesregierung soll mit den öffentlichen Arbeitgebern Einigung erzielen, daß alle unbesetzten Lehrstellen der Arbeitsverwaltung gemeldet werden.

## **C. Verstärkte Hilfen für leistungsschwache und behinderte Jugendliche zur Verbesserung ihrer Chancen, in ein Ausbildungsverhältnis vermittelt zu werden**

1. Die Bundesanstalt für Arbeit fördert z. Z. pro Jahr fast 17 000 Jugendliche in Lehrgängen zur Erreichung der fehlenden Berufsreife bzw. in Lehrgängen zur Verbesserung der Vermittlungsmöglichkeiten. Die Bundesregierung soll die Bundesanstalt für Arbeit in die Lage versetzen, diese Lehrgänge auszubauen. Eine Verdoppelung der Lehrgangskapazität wird eine Kostenbelastung von 160 Mio. DM pro Jahr erfordern. Um die Kostenbelastung in Grenzen zu halten, ist es notwendig, daß die Bundesanstalt für Arbeit in Gesprächen mit den Vertretern der Wirtschaft und der Gewerkschaften erreicht, daß nicht genutzte Kapazitäten in überbetrieblichen Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden.

2. Die Bundesregierung soll im Rahmen ihrer Kompetenz alle Anstrengungen der Bundesländer unterstützen, die auf eine Ausweitung der berufsvorbereitenden oder berufsbefähigenden schulischen Angebote gerichtet sind. Die Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit und der Länder sind aufeinander abzustimmen.

Das Angebot der Wirtschaft, Fachkräfte für den Berufsschulunterricht zur Verfügung zu stellen und mitzufinanzieren, ist in diesem Zusammenhang zu prüfen.

3. Für Jugendliche, die anderweitig nicht zu vermitteln sind, sollte die Bundesanstalt für Arbeit über eine Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes die Möglichkeit erhalten, Ausbildungsverhältnisse analog §§ 97 bis 99 AFG zu bezuschussen.

## **III.**

### **Sicherstellung einer ausreichenden Ausbildungsqualität**

Die Maßnahmen zur Sicherstellung einer ausreichenden Ausbildungsqualität durch das Zusammenwirken von Schule und Betrieb müssen intensiviert werden. Der

Bundestag fordert die Bundesregierung und die Länder auf, sich in der gegenwärtigen konjunkturellen Situation im Rahmen ihrer jeweiligen Kompetenzen voll zugunsten der gefährdeten Jugendlichen zu engagieren und dabei eng zusammenzuarbeiten. Insbesondere folgende Maßnahmen sind zu verwirklichen:

1. Sonderprogramme zur Gewinnung von zusätzlichen Berufsschullehrern (Hochschulabsolventen anderer Fachrichtungen, nebenamtlicher Einsatz bzw. Umsetzung von Lehrern an Grund-, Realschulen und Gymnasien) sind — wie dies in einigen Ländern bereits in der Vergangenheit praktiziert wurde — durchzuführen. Dem Angebot der Wirtschaft, sich an der Finanzierung von 5 000 geeigneten Fachkräften zu beteiligen, kommt dabei als zeitlich befristete Übergangsmaßnahme besondere Bedeutung zu.

2. Die Auslastung aller Kapazitäten an berufsschulischen Werkstätten, insbesondere, um Sonderschüler, Hauptschüler ohne Abschluß und „Ungelernte“ vor dem Schicksal der Arbeitslosigkeit in jungen Jahren zu bewahren.

3. Verstärkte Bemühungen und Beschleunigung des Verfahrens, um die Ausbildungsordnungen und die Lehrpläne für die Berufsschulen besser aufeinander abzustimmen.

### **Zur Begründung und Finanzierung**

Das vorgelegte Dringlichkeitsprogramm ist angesichts der gegenwärtigen Jugendarbeitslosigkeit, der unbefriedigenden konjunkturellen Perspektiven sowie des ohnehin auf Grund der Geburtenentwicklung ansteigenden Lehrstellenbedarfs der nächsten Jahre unverzichtbar. Ziel ist es, den heute arbeitslosen Jugendlichen ein breiteres Angebot an Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten zu geben, um Jugendarbeitslosigkeit soweit wie irgend möglich zu vermeiden sowie die Weichen zur Bewältigung der künftigen Nachfrage nach Ausbildungsplätzen zu stellen.

Das vorgelegte Dringlichkeitsprogramm sieht daher sowohl Maßnahmen zur kurzfristigen wie nachhaltigen Erhöhung des Ausbildungsangebots vor (II A und B) als auch besondere Hilfen für diejenigen Jugendlichen, die in ihrer Leistungsfähigkeit gemindert und daher besonders von Arbeitslosigkeit bedroht sind (II C). Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mißt dabei der Sicherung der Ausbildungsqualität besondere Bedeutung bei (III). Sie verweist in diesem Zusammenhang erneut auf ihren Antrag vom 29. März 1974 (Drucksache 7/1908), dessen Ziele sie bekräftigt.

Die im Dringlichkeitsprogramm vorgeschlagenen Maßnahmen sind überwiegend

- zum größten Teil nicht oder nur unerheblich mit Kosten verbunden (vgl. II A 1, 6; II B 3; III 1, 2, 3),
- ausschließlich durch Umschichtungen in bestehenden Etats zu finanzieren (vgl. II A 2, 3, 4).

Die mit zusätzlichen Kosten verbundenen Maßnahmen (vgl. II A 5; II B 1, 2; II C, 1, 2, 3) bedeuten angesichts der Tragweite des Problems eine zu verantwortende Kostenbelastung, die durch Umschichtungen im Rahmen des Gesamthaushalts und im Rahmen des Konjunkturprogramms aufgebracht werden muß.

# Im Scheitern der Bundesregierung sieht die SPD-Linke ihre Chance

**Die hastigen Dementis, mit denen die SPD die Existenz eines Protokolls einer Sitzung des linken „Frankfurter Kreises“ vom 17. Mai 1974 aus der Welt reden will, unterstreichen eigentlich nur den Sachverhalt. Daß es der SPD peinlich ist, wenn die Öffentlichkeit von rüden Attacken führender Linker auf die eigene Parteispitze erfährt, ist vor dem Hintergrund ihrer maßlosen Sonthofen-Kampagne nur allzu begreiflich. Nachfolgend Auszüge aus dem Protokoll der SPD-Linken.**

„Der Rücktritt Brandts wird (im „Frankfurter Kreis“) als das Ende der antiautoritären Bewegung bezeichnet: eine Einschätzung, die einiges für sich hat, wenn man — wohl mit Recht — Brandt als den Vater der innerparteilichen Erfolge der Linken bezeichnet.“

„Deutlich wurde gesagt, daß die Schwierigkeiten der SPD-Regierung allenfalls gedacht, auf keinen Fall aber ausgesprochen werden dürften. In diesem Zusammenhang schloß Gansel die Bemerkung an, daß die Strategie des Leistungsherausstellens und Problemeverschweigens zwangsläufig eine Ergänzung finden müsse in dem Bemühen ‚Hochwasser zu suggerieren‘ (von wem es auch immer verursacht sein sollte) und der Regierung Schmidt das Verdienst zuzuschreiben, daß einem das Wasser noch nicht bis zum Halse gehe.“

„Strategisch wurde von Roth u. a. angedeutet, daß auf der Voraussetzung, daß die Regierung scheitern müsse, die Chance der Linken darin liege, deutlich zu machen, daß diese Regierung gescheitert ist, weil sie den Ratschlägen der Linken nicht gefolgt sei.“

„Eine Koordination der linken Gruppierung wurde angeregt: Es reiche nicht aus, daß Leverkusener Kreise, Frankfurter Kreise, PV-Linke und Jungsozialisten allenfalls durch Sekretärsbesprechungen Voigt, Wichert, Zeul koordiniert würden. Die Linke müsse, um effektiv arbeiten zu können, ihre Aktivitäten statt nach dem Individualprinzip nach dem Mehrheitsprinzip organisieren.“

„Die Beschlüsse des Hannoveraner Parteitages müssen von der Linken gehalten werden — in der Frage Langzeitprogramm, Bodenrecht, Ostpolitik können sie als Legitimationsgrundlage für die Linke als die Avantgarde innerparteilicher Solidarität und der Verwirklichung von Parteitagsbeschlüssen genutzt werden.“